

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XX/93

Bonn, den 17. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 Herzlich Willkommen ! 43

Der Besuch der britischen Königin, Elizabeth II.

Von Fritz Erler, MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

1a - 2 Gesunde Wohnungen - Gesunde Städte 71

Der Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD in Bremen

3 - 4 Jedes Wagnis hat eine Grenze 89

Das Problem des Inlandserzes muß vor den Bundestag

Von Klaus Rusticus, Hannover

5 Enttäuschung - Rassismus - Totschlag 49

Bittere Erfahrungen farbiger Studenten in der Sowjetunion

Von Helmut F. Bärwald

+ + +

Herzlich Willkommen !

Der Besuch der britischen Königin, Elisabeth II.

Von Fritz Erler, MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wir Sozialdemokraten betrachten den Besuch der britischen Königin in der Bundesrepublik Deutschland als einen Beweis für das in letzter Zeit sich ständig verbessernde Verhältnis zwischen dem britischen und dem deutschen Volk. Besonders begrüßen wir es, daß die britische Königin während ihres Aufenthaltes in Deutschland auch die deutsche Hauptstadt Berlin besucht. Gerade die Berliner Bevölkerung wird diesen Besuch als ein erneutes Zeichen der Solidarität des britischen Volkes mit Berlin und seinem Kampf um die Freiheit werten.

Wir wissen sehr wohl, daß dem Besuch der britischen Königin in die Bundesrepublik Deutschland auch Auseinandersetzungen in Großbritannien vorausgegangen sind. Mit um so größerer Freude können wir heute die fast einmütige Sympathie feststellen, mit der das britische Volk den Besuch seiner Königin in Deutschland beobachtet. Diese Haltung des britischen Volkes gibt uns die Gewißheit, daß seine Repräsentantin, die Königin, für die darin ausgedrückte Politik die überwiegende Mehrheit des von ihr vertretenen Volkes hinter sich weiß. Dadurch wird der Besuch der britischen Königin in Deutschland auch zu einem geistigen Brückenschlag zwischen dem Kontinent und dem Inselreich Großbritannien.

Aus diesem Grunde erblicken wir in dem Besuch der britischen Königin in Deutschland **m e h r** als einen Akt der Repräsentation. Er gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß die Bindungen zwischen dem britischen Inselreich und dem Kontinent immer enger werden und daß mit dem wachsenden gegenseitigen Verständnis für die Probleme unserer Völker der geistige Brückenschlag zu einem **p o l i t i s c h e n** führt.

Uns deutschen Sozialdemokraten sei aus Anlaß des Besuches der britischen Königin in Deutschland noch ein weiteres Wort gestattet. In England regiert seit einigen Monaten die britische Labour-Party. Die SPD und die britische Labour-Party sind voneinander unabhängige Parteien, die ihre Politik nach den besonderen Bedingungen eines jeden der beiden Länder gestalten und vor ihrem eigenen Volke verantworten. Aber es bestehen zwischen beiden Parteien traditionsreiche und freundschaftliche Bindungen. Die Tatsache, daß die jetzige Regierung der Labour-Party zu den europäischen Problemen eine aufgeschlossene Haltung einnimmt und daß der britische Premierminister Harold Wilson den Besuch der Königin wärmstens befürwortet hat, ist ein Zeichen der Aufgeschlossenheit dieser Regierung für die Sorgen des deutschen Volkes und für die europäischen Probleme.

Die britische Königin wird sich bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und in der deutschen Hauptstadt Berlin davon überzeugen können, wie froh unser Volk über die jetzt sichtbar werdende Entwicklung ist und wie sehr es den Ausdruck der Verbundenheit zwischen dem britischen und dem deutschen Volk zu würdigen weiß.

Gesunde Wohnungen - Gesunde Städte

Der Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD in Bremen

rd - Leitsätze zur Wohnungspolitik hat die SPD auf ihrem Kongreß für Wohnungs- und Städtebau in Bremen verkündet. Sie beruhen auf dem Ziel sozialdemokratischer Politik, den Menschen die Umweltbedingungen zu schaffen, die seiner Würde entsprechen, sein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sichern, die gesunde Entwicklung der Familie gewährleisten und das Zusammenleben der Bürger fördern. Sie beruhen aber auch auf den leidigen Erfahrung einer nur noch widerwilligen Förderung des Wohnungs- und Städtebaus durch die gegenwärtige Bundesregierung und Regierungskoalition, die sich dogmatisch und unter Verleugnung des Verfassungsgrundsatzes von der sozialen Bindung und Verpflichtung des Eigentums mehr individuellen Interessen verbunden fühlt. Der in seiner Mehrheit vom Eigentum anderer abhängige Staatsbürger versteht es nicht, daß sein Recht auf Wohnung, erträgliche Mieten, Wirtschafts- und Verkehrsbedingungen, auf soziale und kulturelle Teilhabe hinter dem Recht des einzelnen zurückstehen soll.

Es war weitgehend dieser Dogmatismus, der zur Gefährdung des Gutes Wohnung durch Abbau des Mieterschutzes, zur Verminderung des sozialen Wohnungsbaus und zur Begünstigung von Maßnahmen für bereits Begüterte führte, der die Bodenspekulation und damit das skandalöse Ansteigen der Baulandpreise und Mieten begünstigte, die Stadtplanung und Raumordnung behinderte und so die Kosten für alle der Allgemeinheit dienenden Maßnahmen dem Gewinnstreben überantwortete. Dieser Dogmatismus ging so weit, die soziale Aufgabe des Wohnungs- und Städtebaus durch Lähmung des Kapitalmarktes zu bremsen, Mißtrauen gegen die gemeinnützige Wohnungswirtschaft, gegen Städte und Gemeinden zu säen, die doch in Wahrheit und uneigenrützig die Hauptlast des Wiederaufbaues getragen haben.

Der Kongreß sozialdemokratischer Wohnungsbau- und Städtebaupraktiker und -politiker war aber keine bloße Klagemauer. Gemeinnütziger und sozialer Wohnungsbau, in Selbsthilfe und öffentlicher, insbesondere kommunaler Förderung, wurde von diesen Praktikern bereits muster- gültig vor dem Ersten Weltkrieg und insbesondere zwischen den beiden Weltkriegen betrieben und trotz der Zerstörungen nach 1945 von ihnen

auch zuerst wieder aufgenommen. Die hier gesammelten Erfahrungen befähigten den Kongreß als praktische Maßnahme eine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Wohnungsbau-Praktiker und -politiker zu berufen. Diese hat die Aufgabe, Kontakt zu allen Organisationen des Wohnungs- und Städtebaus und der Raumordnung zu schaffen, Informationen auszutauschen und Sachentscheidungen weitgehend aufeinander abzustimmen. Hier kann und soll wichtige Vorarbeit und später Zuarbeit für eine künftige sozialdemokratische Regierung geleistet werden, die auf die so gesammelten Erfahrungen sozialdemokratischer Praktiker nicht verzichten will.

Die SPD-Regierungsmannschaft selbst hat verkündet, das Abbaugesetz sofort stoppen zu wollen, wenn ihr die Wähler dazu das Mandat erteilen. Nach einer neuen gründlichen und zuverlässigen Erhebung über den Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf will sie insbesondere den sozialen Wohnungsbau fortsetzen und kräftig fördern, die Bodenspekulation bekämpfen und ungerechtfertigte Gewinne aus Bodenwertsteigerungen abschöpfen.

Es geht der SPD jedoch nicht nur um die Beseitigung der immer noch drängenden Wohnungsnot. Es geht ihr auch darum, ein so ausreichendes Angebot an Wohnungen zu schaffen, daß auch große Familien, alte Leute und Ledige ein ausreichendes Angebot an Wohnungen zu vertretbaren, ihrem Einkommen gemäßen Mieten finden. Erst das ist nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Voraussetzung dafür die staatliche Einwirkung auf den Markt der Wohnungen und Mieten weitgehend überflüssig zu machen, doch wird damit eine Regierung noch nicht von ihrer Verantwortung für Wohnungs- und Städtebau entbunden.

Eine weitere Voraussetzung erfolgreicher Politik im Wohnungs- und Städtebau ist eine Vorratsbodenpolitik und für den Städtebau insbesondere ein praktikableres Städtebaurecht. Das gegenwärtige Städtebaurecht behindert, ja, lähmt sogar Städtebau und Raumordnung. Auch hier soll ein kommendes besseres Recht sozialer Verantwortung für die Gesamtheit unterstellt werden.

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Wohnungs- und Städtebaupolitik, in dieser allgemeinen und sozialen Verantwortung einen Standard in unseren Wohnungen und Städten zu erreichen, der dem Leistungsvermögen unserer Wirtschaft entspricht und von unserer Kultur noch in späteren Jahrhunderten so Zeugnis ablegt, wie heute die Bauten der Antike.

Jedes Wagnis hat eine Grenze

Das Problem des Inlandserzes muß vor den Bundestag

Von Klaus Rusticus, Hannover

Wenn sich die Bundesregierung jetzt nicht zu einer schnellen Hilfsmaßnahme für das größte deutsche Eisenerzlager im niedersächsischen Salzgitter entschließt, gehen ca. eine Milliarde Tonnen Inlandserz der Volkswirtschaft verloren. Fachleute aus Niedersachsen und Wirtschaftspolitiker aus den Reihen der Bonner Opposition haben schon vor geraumer Zeit die äußerst angespannte Entwicklung aufgezeigt, von der nunmehr auch die letzte Bastion des deutschen Erzes betroffen ist.

Die Ursache, die jetzt zum SOS-Ruf zwang ...

Bislang konnte sich das Bundeswirtschaftsministerium nur über die - vom unternehmerischen Standpunkt recht umstrittene - Initiative der bundeseigenen Salzgitter AG, deren Eigentum das größte Erzlager Deutschlands ist, freuen. Denn während in den letzten drei Jahren 24 westdeutsche Erzgruben stillgelegt wurden und im gleichen Zeitraum die westdeutsche Eisenerzförderung von 19 Millionen t auf ca. 11,5 Millionen t zurückging, bemühte man sich in Salzgitter konsequent, wenigstens das letzte westdeutsche Eisenerzrevier, das noch immer einigermaßen lukrativ war, zu erhalten. Wurde in Salzgitter zum 1. 4. 1965 die Grube Georg als eine der modernsten in Europa überhaupt stillgelegt, fördern heute noch immer fünf straff durchrationalisierte und weitestgehend mechanisierte Anlagen gut 50 Prozent des Inlandserzes. Das eingegangene unternehmerische Wagnis spiegelt sich in einem noch immer vorhandenen Haldenbestand von 1,8 Millionen t wider, aber sowohl Vorstand als auch Belegschaften der Salzgitter Erzbergbau AG wie auch die IG Bergbau und Energie hofften im stillen noch immer mit der Einsicht der Bundesregierung, daß wenigstens eine lukrative deutsche Erzreserve erhalten bleiben muß.

Jedes Wagnis hat eine Grenze. Sie wurde jetzt auch in Salzgitter erreicht. Die Selbstkosten für eine Tonne Thomasroheisen, aus Fe-armen Salzgittererzen erzeugt, liegen - wenn auch nur gering - über dem Ruhrdurchschnitt. Das zwingt zu der Konsequenz, Erzförderung und Verhüttung noch mehr aufeinander abzustimmen. Damit steht man in Salzgitter auch vor der akuten Frage, weitere Gruben stillzulegen. Eine Konzentrierung auf lediglich zwei Gruben im Endzustand liegt nahe. Sie würden zunächst für die eigene Rohstoffversorgung ausreichen.

Der Preisdruck der Auslandserze dauert an

Der seit Jahren andauernde Preisdruck des Auslandserzes führte zu einer Marktzerüttung. Auslandserz wurde und wird zum Konkurrenzpreis angeboten. Infolgedessen sind allein die technologischen Voraussetzungen für die Verhüttung eisenreicheren Auslandserzes die einzigen sachlichen Motive, die von den westdeutschen Hüttenwerken zur Verständlichmachung angeführt werden können, warum sie heute ausschließlich Auslandserz kaufen und dazu noch Kapital in die Aufschließung überseeischer Erzfelder stecken. Der Preis des Auslandserzes muß sich eines Tages wieder einpendeln. Würde er dann aber vom Ausland allein diktiert, weil die westdeutsche Stahlindustrie nicht mehr auf die eigene Rohstoffre-

serve zurückgreifen kann, dann blieben fraglos rotadierende Erscheinungen in den Hütten an Rhein und Ruhr nicht aus.

Es ist also ein Irrtum, zu glauben, die Erhaltung der - eine Milliarden Tonnen schweren - Eisenerzreserve im südöstlichen Salzgitter ginge die Hütten an Rhein und Ruhr nichts an. Sie könnten hingegen eines Tages weit stärker betroffen sein als Salzgitter selbst.

Denn wäre die Salzgitter-Hütte aus preislichen Gründen eines Tages gezwungen, Sinter zu verfahren, der vielleicht aus 30 Prozent Auslands- und 70 Prozent Eigenerz hergestellt würde, dann verbliebe noch immer eine jederzeit wieder voll auszufahrende Förderkapazität für die Eigenversorgung.

Karten offen aufdecken.!

In Salzgitter wurde zwar der Verlust des Standortvorteils gegenüber der Ruhrindustrie zugegeben, doch - offensichtlich zur Vermeidung von Unruhen im Konzernrandgebiet - gab man sich noch recht vorsichtig. Zunächst wird hier die Förderung nicht ganz eingestellt. Man setzt große Hoffnungen auf Fe-reichere Zonen in der erst in den letzten Jahren abgeteufelten Schachtenanlage Konrad, die zum erstenmal Erz aus der Gifhorner Mulde fördert. Bei aller Beharrlichkeit, möglichst viel Erz abbauwürdig zu erhalten, vermag heute aber niemand in Salzgitter vorzusagen, wie lange das noch infolge des anhaltenden Preisdruckes des Auslands möglich sein wird. Die Beimischung von Fe-reicherem Auslands Erz bei der Verhüttung von Salzgittererz in der konzerneigenen Hütte dürfte einzig und allein davon bestimmt sein, wie weit man die Roheisen-Selbstkosten wieder mit denen an der Ruhr auf eine Höhe (bzw. möglichst darunter) bringen kann.

Folgendes liegt mithin in der Luft:

- * Kommt keine Hilfe aus Bonn, wird der Salzgitter-Erzbergbau sehr bald schon zu weiteren Einschränkungen gezwungen sein.
- * Entschließt sich der Bund nicht zu einer Stützung des Inlands-erzes auf lange Sicht, dann ist der totale Verlust der letzten großen deutschen Eisenerzreserve nur noch eine Frage der Zeit.
- * Tauen die Hütten an Rhein und Ruhr nicht endlich auf, geben sie sich für alle Zukunft auf Gedeih und Verderb dem Auslands Erz preis.

Wenn deshalb Dr. Paul Bloß, Vorstandsmitglied der Salzgitter AG und sozialdemokratischer Verkehrsexperte im Bundestag, erklärt, die angespannte Situation des Salzgittererzes sei ein gesamtpolitisches Problem des Bundes, dann geschieht das in ernster Verantwortung. Und wenn ferner der Bundestagsabgeordnete von Salzgitter, Hans-Jürgen Junghans (SPD) bereits unaufhörlich seine Stimme für dieses Erzlager aus volkswirtschaftlicher Sicht erhob, dann geschah das in weiser Vorausschau. Ja, wenn nunmehr der Bergarbeitervorsitzende Walter Arenat, ebenfalls Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, die Herausgabe einer aktuellen Denkschrift über das Salzgittererz erwägt, dann zeigt das noch mehr die prekäre Situation.

In Bonn muß jetzt gehandelt werden - schnell und verantwortungsbewußt. Das ist das Gebot der Stunde.

Enttäuschung - Rassismus - Totschlag

Bittere Erfahrungen farbiger Studenten

Von Helmut F. Bärwald

Die Sowjetunion bemüht sich seit Jahren in immer stärkerem Maße darum, junge Menschen aus den Entwicklungsländern zum Studium in die Sowjetunion zu holen. Sehr bald nach ihrer Ankunft entdecken die meisten der in die UdSSR gekommenen asiatischen und afrikanischen Studenten unter dem Mantel der scheinbar selbstlos geleisteten Entwicklungshilfe den Pferdefuß. Die wißbegierigen farbigen Studenten mußten sehr schnell erkennen, daß sie von ihren sowjetischen Gastgebern weniger als Studierende, dafür aber um so mehr als zukünftige Kader kommunistischer Infiltration und Agenten behandelt und "erfaßt" worden. Der eigentliche Studierbetrieb für die afrikanischen und asiatischen Studenten ist an den meisten sowjetischen Universitäten immer mehr zugunsten politischer und paramilitärischer Ausbildung und Ausrichtung zurückgetreten. Offenbar geht es den Sowjets weniger um die Ausbildung qualifizierter Volkswirtschaftler, Ärzte, Techniker und Wissenschaftler, die später tatkräftig beim Aufbau ihrer Länder mithelfen können. Wichtiger scheint die Ausbildung militanter Kader zu sein, die später in der Verwaltung, in den Gewerkschaften, in Jugendverbänden und Parteien der Heimatländer dieser Studenten als taktische Stoßtrupps kommunistischer Unterwanderung - mit dem strategischen Ziel der kommunistischen Machtergreifung - eingesetzt werden sollen.

Die sicherlich unvoreingenommen und manchmal auch gläubig nach der Sowjetunion gekommenen asiatischen und afrikanischen Studenten haben inzwischen noch eine weitere bittere Erkenntnis gewinnen müssen. Wenn sie anfangs meinten, daß es im "Vaterland aller Werktätigen" keine Rassenprobleme, keinen Rassenhaß gebe, so mußten sie sehr bald das Gegenteil feststellen. Der Rassismus trieb immer neue Blüten. Die Ablehnung der farbigen Studenten durch ihre weißen Kommilitonen und die Bevölkerung reicht von diskriminierenden Einschränkungen ("Nur für Weiße!") über offen bekundete Verachtung bis zu tätlichen Angriffen und zum Totschlag.

Anfang dieses Monats wurde die Situation der farbigen Studenten in Sowjetunion durch dramatische Ereignisse in der sowjetischen Universitätsstadt Baku erneut schlaglichtartig erhellt. Der ghanaische Student George Daku wurde auf offener Straße erschlagen. Die verzweifelte Antwort von Studenten aus Ghana und Kenia auf diese Herausforderung war eindeutig: Sie blieben den Vorlesungen und Übungen fern und veranstalteten eine Protestdemonstration vor dem Bahnhof von Baku. 29 Studenten aus Kenia wandten der Sowjetunion entsetzt den Rücken und kehrten in ihre Heimat zurück. Die Rassenfrage, die eine wichtige Rolle in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau spielt, ließ in den letzten Wochen auch an der Universität Baku die Studenten aus China wieder rebellisch werden. Nicht wenige von ihnen haben den Aufruhr chinesischer Studenten auf dem Roten Platz in Moskau im Dezember 1963 nicht vergessen, als Studenten aus Asien und Afrika gegen die Ermordung ihres Kommilitonen Asaro Addeo aus Ghana protestierten.

Die zuständigen sowjetischen Stellen sind krampfhaft bemüht, als das zu vertuschen oder wenigstens zu verniedlichen. Der Zugang neuer Studenten aus Asien und Afrika könnte ausbleiben und sich verstärkt nach China richten. Dort allerdings werden die farbigen Studenten zwar keinen Rassenhaß zu spüren bekommen, aber ebenso wie in der Sowjetunion als zukünftige kommunistische Kader behandelt und ausgebildet werden.